Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Zeile	Invest.-Nr.	Haushalts-jahr	konkrete Maßnahme	Ertrag / Einzahlung *(mehr = + weniger = -)*	Aufwand / Auszahlung *(mehr = - weniger = +)*	Begründung / Be-schreibung	Antragsteller
1	86	**01-01-01**	Verwaltungsvorstand, Repräsentationen, Ehrungen	16		2012 bis 2022			2.000 p. a.	Pauschale Kürzung.	Bündnis 90 Die Grünen
Ohne Aussprache lies der Bürgermeister über den Antrag abstimmen. **Jastimmen 2** **Neinstimmen 13** **Enthaltungen 1 - damit ist der Antrag abgelehnt**											
2	96	**01-06-04 (nicht 01-02-01)**	Druckerei	13		2013 bis 2022			8.500 p. a.	Einsparung von Druck- und Versandkosten bei den Sitzungspapieren für Rat und Ausschüsse.	Aufbruch!
Der Bürgermeister erläuterte die bestehenden Geschäftsordnungsregelungen. Nur wenn eine entsprechende Änderung erfolge, könne der digitale Versand von Sitzungsunterlagen verpflichtend ausgeweitet werden. Er schlug vor, dass verwaltungsseitig eine umfassende Abfrage zu einem freiwilligen Verzicht auf den Papierversand vorgenommen wird. Ob und gegebenenfalls in welchem Umfange Einsparungen erzielt werden können, lasse sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich prognostizieren; daher bat er darum, den bisherigen Haushaltsansatz zu belassen. Frau Jung wies darauf hin, dass umfängliche Sitzungsunterlagen den Fraktionen auf einem Datenträger digital zur Verfügung gestellt werden könnten um somit den Papierversand zumindest teilweise zu reduzieren. Der Bürgermeister teilte hierzu mit, dass bereits so verfahren werde. Frau Schmidt erklärte sich mit dem Vorschlag des Bürgermeisters einverstanden und zog den Antrag zurück.											

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Zeile	Invest.-Nr.	Haushalts-jahr	konkrete Maßnahme	Ertrag / Einzahlung *(mehr = + weniger = -)*	Aufwand / Auszahlung *(mehr = - weniger = +)*	Begründung / Beschreibung	Antragsteller
3	334	**01-12-01**	Büroflächen	13		2013 bis 2015			-150.000 p. a.	Für die Jahre 2013-2015 werden jährlich 150.000 € (insgesamt 450.000 €) für Maßnahmen zur Energieeinsparung neu konsumtiv an geeigneter Stelle eingeplant. Die Verwaltung entwickelt dafür einen geeigneten Einplanungsvorschlag auf Basis der bestehenden Untersuchungen über Möglichkeiten zur Energieeinsparung. Entsprechend sind die Ausgaben für Energieverbrauch in den Folgejahren der Maßnahmen zu reduzieren.	Bündnis 90 Die Grünen

Herr Metz erläuterte, dass sich der Antrag nicht nur auf dieses Produkt beziehe. Alle Bereiche mit Energieverbräuchen seien betroffen. Der Antrag stehe im Zusammenhang mit der laufenden Nr. 19 (Anhebung des Vergnügungssteuersatzes), mit dem eine Finanzierung des Aufwandes erfolgen könne.
Herr Schell sprach sich gegen den Antrag aus. Seitens der Verwaltung werde zum einen bereits an entsprechenden Maßnahmen gearbeitet. Zum anderen gebe es auch Möglichkeiten, ohne Investitionen Einsparungen im Energiebereich zu erzielen. Beispielhaft nannte er das Einwirken auf das Nutzerverhalten. Herr Diekmann wies ergänzend auf die diesbezüglichen Ausführungen des Gemeindeprüfungsamtes und den seitens der SPD-Fraktion im Jahre 1998 gestellten Antrag für den Bereich der Schulen hin. Die Stadt Kevelar habe Einsparungen in einem Projekt nachgewiesen. Er regte eine Kontaktaufnahme zu dieser Stadt an.
Der Bürgermeister wies auf das bereits bestehende Programm zur Erzielung von Energieeinsparungen hin. Auf seine Nachfrage teilte Herr Metz mit, die beantragten Mittel sollten in das bestehende Programm einfließen um eingeplante Projekte vorziehen zu können. Auf das Nutzerverhalten müsse parallell eingegangen werden.

Frau Schmidt unterstützte für die Fraktion AUFBRUCH! den Antrag. Sie wies auf die Möglichkeit der Auslobung von Wettbewerben an Schulen zur Energieeinsparung hin.

Anschließend lies der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 7
Neinstimmen 9 - damit ist der Antrag abgelehnt

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Zeile	Invest.-Nr.	Haushalts-jahr	konkrete Maßnahme	Ertrag / Einzahlung *(mehr = + weniger = -)*	Aufwand / Auszahlung *(mehr = - weniger = +)*	Begründung / Be-schreibung	Antragsteller
4	418	**01-15-01**	Bauhof	16		2012 bis 2022			5.000 p. a.	Eine Kürzung gegen-über dem Entwurf wäre angesichts der Vorjah-resergebnisse möglich.	Bündnis 90 Die Grünen

Herr Metz erläuterte, dass die im Entwurf ausgewiesene Erhöhung vor dem Hintergrund der Vorjahresergebnisse nicht nachvollzogen werden könne. Herr Schell hielt dem entgegen, die vorgesehene Personalaufstockung im Bauhofbereich begründe die veranschlagten Mittel. Herr Schmitz ergänzte, die Fachverwaltung werde mit den zur Verfügung stehenden Mitteln verantwortungsvoll umgehen. Der Bürgermeister ergänzte, dass eine Kürzung des Ansatzes hingenommen werden könne. Sollte der tatsächliche Bedarf mit dem vorhandenen Haushaltsansatz nicht gedeckt werden können, fließe dies in einen entsprechenden Nachtrag ein.
Frau Jung sprach sich gegen die Kürzung aus, die vor dem Hintergrund des Gesamthaushaltsvolumens unerheblich sei. Herr Metz bezweifelte, dass gerade im Bereich der Dienst- und Schutzkleidung eine durchgehende Mittelerhöhung im gesamten Planungszeitraum gerechtfertigt sei. Zudem beinhalte diese Haushaltsposition auch noch andere Kostenarten. Vor dem Hintergrund der Rechnungsergebnisse der Vorjahre erachte er den Antrag als legitim und gerechtfertigt.

Anschließend lies der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 2
Neinstimmen 13
Enthaltungen 1 - damit ist der Antrag abgelehnt

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Zeile	Invest.-Nr.	Haushalts-jahr	konkrete Maßnahme	Ertrag / Einzahlung *(mehr = + weniger = -)*	Aufwand / Auszahlung *(mehr = - weniger = +)*	Begründung / Beschreibung	Antragsteller
5	618	**03-05-01**	Gymnasien	13		2012	Instandsetzung RSG		-300.000	Erstellung eines Durchführungs-, Kosten- und Zeitrahmenkonzepts zur Realisierung der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen zur Instandsetzung des RSG.	CDU/FDP
	624	**03-05-01**	Gymnasien	25	05-000914	2013 2014 2015	Instandsetzung RSG		-500.000 -500.000 -1.000.000	Investitionen am RSG (Erläuterung siehe DS.-Nr. 12/0042).	
	682	**03-09-01**	Gesamtschule	25	05-00096	2014 2016	Gesamtschule Menden		500.000 -500.000		
	370	**01-12-03**	Serviceleistungen Gebäudemanagement	25	09-HOCHBAU	2015	Investitionen Hochbau		1.000.000 500.000	Verschiebung zur Refinanzierung der Instandsetzung RSG.	
	1186	**12-01-01**	Straßen, Wege, Plätze	25	07-00195	2013 2015	Baum. Gartenstraße		700.000 -700.000		
	1186	**12-01-01**	Straßen, Wege, Plätze	25	07-STRAßE	2015	Investitionen Straßenbau		700.000		

<u>Protokollnotiz</u>

In Abweichung zu der Tischvorlage erfolgte hinsichtlich der Mittelverschiebung eine Anpassung an die Darstellung im Antrag der CDU-/FDP-Fraktion.

Für den Fall eines positiven Beschlusses zu diesem Antrag, schlug die Verwaltung vor, die Straßenbaumaßnahme Gartenstraße für die im Antrag vorgesehenen Verschiebungen im Bereich der Infrastrukturmaßnahmen in das Jahr 2015 zu legen.

Anschließend stellte Herr Schell den Antrag ausführlich vor. Es handele sich nicht um die Einstellung zusätzlicher Haushaltsmittel sondern um verträgliche Verschiebungen. Ab dem Jahr 2016 müssten jedoch zusätzliche Mittel bereit gestellt werden; zu dem Umfang könnten erst nach Vorlage des Konzeptes Aussagen getroffen werden.

Frau Bergmann-Gries konnte vor dem Hintergrund der bereits vorliegenden Erkenntnisse zum Zustand und Sanierungsbedarf des Rhein-Sieg-Gymnasiums die Notwendigkeit für die Erstellung eines weiteren Konzeptes nicht erkennen. Sie bat um Mitteilung, wie mit den vorliegenden Mängelmitteilungen umgegangen werde. Mit der vorliegenden Machbarkeitsstudie müsse es der Verwaltung möglich sein, ein entsprechendes Monitoring für die durchzuführenden Maßnahmen selbst zu entwickeln.

Auch das Lehrerkollegium habe Vorstellungen zu einer Sanierung entwickelt. Herr Waldästl ergänzte, die SPD-Fraktion könne den Punkten 2. bis 5. des Antrages zustimmen. Seine Fraktion spreche sich jedoch aus den genannten Gründen gegen die Erstellung eines Gutachtens mit einem solchen Mittelaufwand aus. Er verwies auf seine Ausführungen in der Sitzung der Arbeitsgruppe "Schulbaumaßnahmen". Er bat um Mitteilung, ob die Verwaltung den Antrag zur Erstellung des Gutachtens in die eigene Vorlage für die Arbeitsgruppe übernommen habe.
Herr Metz vertrat die Auffassung, die übrigen erforderlichen Hochbaumaßnahmen dürften nicht aus dem Auge verloren werden. Insbesondere bei der Mittelverwendung aus dem Platzhalter müsse dies berücksichtigt werden. Der Bürgermeister erläuterte, die Verwaltung könne keine Einschätzung darüber abgeben, welche Maßnahmen, die seitens der Politik zukünftig gefordert werden, aus den verbleibenden Mittel des Platzhalters finanziert werden können. Es sei bekannt, dass die in dem Platzhalter vorgesehenen Mittel bei weitem nicht ausreichen, allen Bedürfnissen im Hochbaubereich nachzukommen. Herr Metz stellte klar, dass eine Beschlussfassung über den Antrag in diesem Wissen gefasst werde und eine Planungssicherheit hinsichtlich der Mittelverwendung aus dem Platzhalter nicht bestehe. Der Platzhalter werde für die Durchführung anderer Maßnahmen eingeschränkt oder die jetzige Entscheidung müsse eventuell zu einem späteren Zeitpunkt revidiert werden.

Frau Schmidt äußerte vor dem Hintergrund der langjährig andauernden Sanierungsmaßnahme die Befürchtung, dies könne sich negativ auf die Schülerzahlen auswirken.

Es entwickelte sich eine Diskussion über das Für und Wider der Erstellung des Konzeptes. CDU- und FDP-Fraktion vertraten hierzu die Auffassung, ein solches Konzept müsse von Baufachleuten erstellt werden. Insoweit könnten die vorliegenden Gutachten zwar mit einbezogen werden; diese allein reichten jedoch nicht aus. Dieser Auffassung schloss sich die Fraktion AUFBRUCH! an. Eine vernünftige Planung müsse ohne Zeitverlust erstellt werden. Vor dem Hintergrund der Komplexität und des Ablaufs einer solchen Sanierungsmaßnahme über mehrere Jahre bei teilweise laufendem Schulbetrieb sprach sich auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Erstellung des Gutachtens aus. Die SPD-Fraktion konnte die Notwendigkeit eines Gutachtens vor dem Hintergrund der bereits vorliegenden Erkenntnisse in diesem Umfang nicht nachvollziehen. Die erforderliche Planung könne mit dem vorhandenen Fachpersonal der Verwaltung erfolgen. Zudem sei der Fachverwaltung das Gebäude und dessen Zustand besser bekannt, als externen Gutachtern. Bereits die vorliegende Machbarkeitsstudie enthalte Bestandteile, deren Umsetzung von vornherein ausscheide und insoweit unnötig gewesen sei (Neubau).

Der Bürgermeister wies auf den dem Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss vorgelegten Bericht zur Auslastung des Gebäudemanagements hin. Der Fachausschuss habe ein Arbeitsprogramm diskutiert und abgesprochen. Die Sanierung des Rhein-Sieg-Gymnasiums sei darin nicht enthalten.

Die Höhe der für das Gutachten von der CDU-/FDP-Fraktion angesetzten Mittel seien von der Verwaltung in der Vorlage für die Arbeitsgruppe übernommen worden, da dieser Vorschlag als vernünftig bewertet wurde. Herr Grzeskowiak ergänzte hinsichtlich der Auslastung des Gebäudemanagements, dass Rückstände abzuarbeiten sind, die die Ressourcen binden. Dies sei erforderlich, damit der Stadt kein finanzieller und wirtschaftlicher Schaden entstehe. Die externe Beauftragung einer Projektplanung sei daher zwingend notwendig. Zudem müssen die Schulen Planungssicherheit in Bezug auf die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs haben.

Herr Waldästl erklärte, die SPD-Fraktion lehne die Erstellung des Gutachtens nicht generell ab, sie halte jedoch die beantragten Mittel in diesem Umfange für zu hoch. Ein anderer Vorschlag erfolge nicht. Da das tatsächliche Investitionsvolumen nicht bekannt sei, werde sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung hierzu enthalten.

Der Bürgermeister lies zunächst über Ziffer 1 des Antrages abstimmen (Erstellung eines Durchführungs-, Kosten- und Zeitrahmenkonzeptes)

einstimmig bei 4 Enthaltungen

Hiernach lies er über die übrigen Positionen des Antrages abstimmen.

einstimmig

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Zeile	Invest.-Nr.	Haushalts-jahr	konkrete Maßnahme	Ertrag / Einzahlung *(mehr = + weniger = -)*	Aufwand / Auszahlung *(mehr = - weniger = +)*	Begründung / Beschreibung	Antragsteller
6	682	**03-09-01**	Gesamtschule	25	05-00096	2013 2016	Gesamtschule Menden		-300.000 -700.000	Die Bereitstellung der 700.000 € im Jahr 2016 erfolgt aus der Absenkung des eingeplanten Platzhalters (09-HOCHBAU).	AG Schulbau
	370	**01-12-03**	Serviceleistungen Gebäudemanagement	25	09-HOCHBAU	2016	Investitionen Hochbau		700.000		

Es handelt sich um einen Antrag, der Ausfluss aus den Beratungen der Arbeitsgruppe Schulbaumaßnahmen ist. Nach Ausführung von Herrn Rupp stünden somit für die
Gesamtschule folgende Beträge zur Verfügung:

2013: 300.000 €
2014: 3.000.000 €
2015: 1.500.000 €
2016: 1.600.000 €

Der Bürgermeister lies über den Antrag abstimmen.

einstimmig

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Zeile	Invest.-Nr.	Haushaltsjahr	konkrete Maßnahme	Ertrag / Einzahlung *(mehr = + weniger = -)*	Aufwand / Auszahlung *(mehr = - weniger = +)*	Begründung / Beschreibung	Antragsteller
7	694	**04-01-01**	Kulturelle Veranstaltungen	5		2015 bis 2022		-16.308 p. a.		Für das städtische Kulturangebot wird eine Neukonzeptionierung mit dem Ziel sowohl der Angebots- wie auch der Defizitreduzierung ab 2015 um 20 % vorgenommen. Das Kulturangebot in Sankt Augustin ist vor dem Hintergrund der Haushaltslage so nicht aufrecht zu erhalten.	Bündnis 90 Die Grünen
8	694	**04-01-01**	Kulturelle Veranstaltungen	13		2015 bis 2022			33.250 p. a.		

Herr Metz erläuterte, es handele sich nicht um einen populären Antrag. Im Zusammenhang mit dem kommenden Bürgerforum solle ein Konzeptauftrag erteilt werden. Für das künftige Kulturprogramm müsse vor dem Hintergrund der finanziellen Lage der Stadt eine Reduzierung um 20 % erfolgen. Seine Fraktion wolle nicht im Kulturbereich sparen. Bei einem Defizit im Ergebnisplan in Höhe von 15 Mio. € sei Kultur jedoch keine Selbstverständlichkeit.
Frau Jung vertrat die Auffassung, dass eine Konsolidierung des Haushalts mit einer Reduzierung dieser Mittel nicht erreicht werden könne. Mit dem kommenden Bürgerforum müsse jedoch über eine Neukonzeptionierung der städtischen Kulturarbeit nachgedacht werden. Sie schlug vor, den Antrag zurückzuziehen und diesen im Zusammenhang mit der Debatte über eine Neukonzeptionierung zu diskutieren.
Die CDU-Fraktion respektiere die Begründung der antragstellenden Fraktion. Herr Schell schloss sich dem Vorschlag von Frau Jung an.
Frau Schmidt erklärte für die Fraktion AUFBRUCH!, der Antrag sei grundsätzlich als vernünftig anzusehen. Sie signalisierte Zustimmung.
Herr Metz betonte, mit dem Antrag solle ein Zeichen gesetzt werden. Konzepte müssten mit finanziellen Rahmenbedingungen erstellt werden. Vor diesem Hintergrund und der langen Vorlaufzeit werde der Antrag aufrecht erhalten.
Anschließend lies der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 4
Neinstimmen 12

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Zeile	Invest.-Nr.	Haushalts-jahr	konkrete Maßnahme	Ertrag / Einzahlung *(mehr = + weniger = -)*	Aufwand / Auszahlung *(mehr = - weniger = +)*	Begründung / Beschreibung	Antragsteller
9	706	**04-02-01**	Heimat und sonstige Kulturpflege	15		2012 bis 2022			2.000 p. a.	Es handelt sich um das Thema Martinszüge	Bündnis 90 Die Grünen

Ohne Aussprache lies der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 3
Neinstimmen 13 - damit ist der Antrag abgelehnt

10	864	**05-02-04**	Altenhilfe und Altenbegegnungsstätten	15		2012 bis 2022			5.000 p. a.	Thema: Altenfeste.	Bündnis 90 Die Grünen
11						2012 bis 2022			16.370 p. a.	Verringerung des Ansatzes Zeile 15	Aufbruch!

Für die Fraktion AUFBRUCH! verwies Frau Schmidt auf die Erläuterungen der früheren Haushaltsberatungen. Herr Metz erklärte, dies gelte auch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Da der Antrag der Fraktion AUFBRUCH der weitergehende ist, ziehe er den Antrag seiner Fraktion zurück.

Hinsichtlich der in Aussicht gestellten Ablehnung verwies auch Herr Schell für die CDU-Fraktion auf die Argumentation in früheren Haushaltsberatungen.

Nach kurzer weiterer Diskussion lies der Bürgermeister über verbleibenden Antrag der Fraktion AUFBRUCH! abstimmen.

Jastimmen 3
Neinstimmen 13 - damit ist der Antrag abgelehnt

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Zeile	Invest.-Nr.	Haushalts-jahr	konkrete Maßnahme	Ertrag / Einzahlung *(mehr = + weniger = -)*	Aufwand / Auszahlung *(mehr = - weniger = +)*	Begründung / Beschreibung	Antragsteller
12	930	**06-02-01**	Förderung der Kinder- und Jugendarbeit	15		2012 bis 2022			-1.270 p. a.	Bezuschussung zum Erhalt der Hobby-Jugendkurse.	Aufbruch!
Für die Fraktion AUFBRUCH! teilte Frau Schmidt mit, die Mittel sollten in dem bisherigen Umfang erhalten bleiben. Der Bürgermeister lies über den Antrag abstimmen. **Jastimmen 7** **Neinstimmen 9 - damit ist der Antrag abgelehnt**											
13	1056	**09-01-01**	Städtebauliche Planung und Entwicklung	13		2012 und 2013			14.000 24.000	Der Nutzen einer Ortsteilentwicklungs-planung Hangelar scheint angesichts der positiven Situation dort nicht ersichtlich. Bezüglich einer Rahmenplanung Birlinghoven gibt es keine Anhaltspunkte für evtl. Ziele und konkreten Nutzen.	Bündnis 90 Die Grünen
14						2012 2013 2014 - 2022	Externe Gutachten		76.500 67.500 20.000 p. a.	Deckelung des Aufwands auf 20.000 € p. a.	SPD
Nach entsprechender Mitteilung der Verwaltung korrigierte Herr Metz die Kürzung für das Jahr 2013 auf 4.000 €, da in dem Haushaltsansatz die Mittel für die Rahmenplanung des Flugplatzes Hangelar enthalten sind. Diese Planung solle bestehen bleiben. Zu der Rahmenplanung Birlinghoven teilte Herr Schmitz-Porten mit, dass diese Position vor dem Hintergrund der anstehenden Veränderungen in diesem Bereich bestehen bleiben sollte. Ein Ansatz, der über die übliche Bauleitplanung hinausgehe, erkannte Herr Metz für Birlinghoven nicht. Frau Feld-Wielpütz erläuterte, es handele sich um Mittel für mögliche Planungen. Erst im Fachausschuss werde zu einem späteren Zeitpunkt entschieden, ob und gegebenenfalls welche Planungen konkret durchgeführt werden. Diese Möglichkeit sollte erhalten bleiben. Dem schloss sich Frau											

Jung und Herr Schmitz-Porten an.
Herr Metz sprach sich gegen eine solche Vorgehensweise aus, ohne das konkrete Planungsziele bekannt sind.

Den Antrag der SPD-Fraktion stellte Herr Schmitz-Porten bis zum Ratssitzung am 14.03.2012 zurück. Herr Schell bat hierzu die SPD-Fraktion um detaillierte Information, wie sich die von ihr beantragten Kürzungen zusammen setzen.

Anschließend lies der Bürgermeister über den geänderten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Jastimmen 3
Neinstimmen 13 - damit ist der Antrag abgelehnt

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Zeile	Invest.-Nr.	Haushalts-jahr	konkrete Maßnahme	Ertrag / Einzahlung *(mehr = + weniger = -)*	Aufwand / Auszahlung *(mehr = - weniger = +)*	Begründung / Beschreibung	Antragsteller
15	1186	**12-01-01**	Straßen, Wege, Plätze	18 25	07-00223 07-00224	2012 und 2013	Kreisverkehre Schulstr. / Alte Marktstr. und Schulstr. / Paul-Gerhard-Str.	-250.000 -250.000	370.000 340.000	Streichung der Ansätze für die genannten Maßnahmen.	Aufbruch!
16	1186	**12-01-01**	Straßen, Wege, Plätze	25		2015	Kreisverkehr Rathausallee / Arnold-Janssen-Straße		-250.000	Ertüchtigung (ggf. Umbau in einen Kreisverkehr der Kreuzung Rathausallee / Arnold-Janssen-Straße.	Aufbruch!

Herr Rupp wies darauf hin, dass auch die Verpflichtungsermächtigung getrichen werden müsse, wenn eine Beschlussfassung zu Ziffer 15 erfolgt. Ferner wies er darauf hin, dass die Mittel für die unter Ziffer 16 genannte Maßnahme nicht herangezogen werden können, da es sich um ein anderes Haushaltsjahr handelt. Es wäre dann eine Belastung des Platzhalters für Tiefbaumaßnahmen erforderlich.
Frau Schmidt zog nach kurzer Diskussion den Antrag für die Fraktion AUFBRUCH! zurück.

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Zeile	Invest.-Nr.	Haushalts-jahr	konkrete Maßnahme	Ertrag / Einzahlung *(mehr = + weniger = -)*	Aufwand / Auszahlung *(mehr = - weniger = +)*	Begründung / Beschreibung	Antragsteller
17 18	1318	**15-01-01**	Wirtschaftsförderung	13 16		2012 bis 2022			4.300 p. a. 2.000 p. a.	Ein Nutzen des Programms „mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ ist nicht zu erkennen, deshalb sollte eine Beteiligung entfallen. Ungeachtet der jährlichen Kosten entstehen auch noch Personalkosten und Bürokratie.	Bündnis 90 Die Grünen

Der Bürgermeister erläuterte, das Programm hätte auf Grund der bestehenden Belastungen im Zusammenhang mit dem Umbau des Zentrums nicht intensiv betrieben werden können. Er bejahte jedoch die Sinnhaftigkeit und bat darum, die Mittel zu belassen. Frau Jung bat nunmehr um eine zeitnahe Umsetzung. Herr Diekmann vertrat die Auffassung, es gehe bei dem Programm insbesondere um die Entbürokratisierung von Antragserfordernissen. Die Voraussetzungen müssten so geschaffen werden, dass eine Antragstellung bei verschiedenen Behörden zusammengeführt wird. Der Newsletter der Stadt für kleine und mittlere Betriebe sowie Gründer erspare Suchzeiten und Kosten. Hierin erkenne er eine moderne Form der Entbürokratisierung.

Der Bürgermeister lies über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 7
Neinstimmen 9 - damit ist der Antrag abgelehnt

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Zeile	Invest.-Nr.	Haushalts-jahr	konkrete Maßnahme	Ertrag / Einzahlung *(mehr = + weniger = -)*	Aufwand / Auszahlung *(mehr = - weniger = +)*	Begründung / Beschreibung	Antragsteller
19	1346	**16-01-01**	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	1		2013 bis 2015		150.000 p. a.		Es ist nicht ersichtlich, warum die Erhöhung der Vergnügungssteuer erst 2016 erfolgen soll (Erhöhung um 3,5 %).	Bündnis 90 Die Grünen

Herr Rupp wies darauf hin, dass bei entsprechender Beschlussfassung eine Aufnahme in das Haushaltssicherungskonzept erfolge.

Herr Metz erläuterte, dass dieser Antrag ursprünglich der Gegenfinanzierungsvorschlag für die laufende Nr. 3 gewesen sei. Ungeachtet dessen spreche sich seine Fraktion angesichts der Haushaltslage für die Erhöhung aus. Dem schloss sich Herr Schell und Frau Jung für die CDU- und FDP-Fraktion an.

Anschließend lies der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

einstimmig

20		**Versch.**				2012 bis 2022				Ausführung von Baumaßnahmen im "Minimum-Standard".	SPD

Herr Schmitz-Porten stellte den Antrag der SPD-Fraktion vor. Die einzelnen Kriterien könnten im Fachausschuss festgelegt werden.

Herr Metz beantragte zur Geschäftsordnung, den Antrag in den Gebäude- und Bewirtschaftungssausschuss zu verweisen. Dem widersprach Herr Schmitz-Porten. Es müsse diesbezüglich durch entsprechende grundsätzliche Beschlussfassung eine Vorgabe durch den Haupt- und Finanzausschuss erfolgen.

Anschließend lies der Bürgermeister über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Jastimmen 3
Neinstimmen 13 - damit ist der Antrag abgelehnt

Frau Jung wies darauf hin, dass Standardisierungen bereits erfolgt seien. Der Antrag impliziere, dass in der Vergangenheit höhere Standards verwendet wurden. Dem könne sie sich nicht anschließen.
Herr Schell sprach sich für die CDU-Fraktion gegen den Antrag aus. Er enthalte keinerlei Definition. Dass in der Vergangenheit höhere Standards angesetzt worden seien, verneinte er. Letztlich sei die Fachverwaltung verantwortlich, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln Baumaßnahmen wirtschaftlich auszuführen. Entsprechendes Fachwissen zur Festlegung einzelner Kriterien bestehe im Fachausschuss nicht.
Herr Metz vertrat die Auffassung, dass wegen mangelnder Bezifferung eine Behandlung des Antrages im Rahmen der Haushaltsberatung nicht der richtige Platz sei. Das Begehren zur Festlegung von Standards könne er jedoch nachvollziehen. Daher halte er eine Beratung im Fachausschuss für sinnvoll.
Herr Schmitz-Porten teilte mit, der Antrag solle zu einem erforderlichen Umdenken beitragen. Den Fachausschüssen sei es kaum möglich, eine Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen zu überwachen. Deshalb richte sich die Aufforderung an die Verwaltung, den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu beachten.
Der Bürgermeister erläuterte, dass die Verwaltung angewiesen sei, wirtschaftlich zu handeln. Soweit von Standards abgewichen wurde sei dem stets eine politische Diskussion vorangegangen.
Frau Feld-Wielpütz bat die antragstellende Fraktion konkret zu benennen, welche Baumaßnahmen seitens der Verwaltung abweichend von den bestehenden Standards ausgeführt wurden. Dem schloss sich Frau Jung an.

Anschließend lies der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 4
Neinstimmen 10
Enthaltungen 2 - damit ist der Antrag abgelehnt